



Detailansicht des Registereintrags

ClientEarth gGmbH

Stand vom 29.07.2025 18:26:53 bis 06.08.2025 12:10:11

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer:	R003753
Ersteintrag:	23.03.2022
Letzte Änderung:	29.07.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	<p>Adresse: ClientEarth gGmbH Klosterstraße 64 10179 Berlin Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +493031193677 E-Mail-Adressen: kwelsch@clientearth.org cgerstetter@clientearth.org info.berlin@clientearth.org Webseiten: <u>www.clientearth.de</u></p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

10.001 bis 20.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,40

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Dr. Christiane Gerstetter

Funktion: Geschäftsführerin

2. Simon Fletcher

Funktion: Geschäftsführer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (9):

1. Lea Main-Klingst

2. Paula Ciré

Tätigkeit bis 12/21:

Referentin im Referat Grundsatzangelegenheit der int. Zusammenarbeit, Völkerrecht im Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) oder dessen Geschäftsbereich

3. Bellinda Bartolucci

4. Jennifer Seyderhelm

5. Johanna Famulok

6. Selin Esen

7. Johanna Sauter

8. Elisabeth Koch

Tätigkeit bis 12/24:

Referentin für EU-Koordinierung und Beihilfe im Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) oder dessen Geschäftsbereich

9. Dr. Christiane Gerstetter

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (17):

Erneuerbare Energien; Fossile Energien; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Land- und Forstwirtschaft; Öffentliches Recht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Straßenverkehr; Industriepolitik; Verbraucherschutz; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

ClientEarth gGmbH ist eine gemeinnützige Umweltrechtsorganisation und arbeitet an der Schnittstelle von Recht, Wissenschaft und Politik. ClientEarth nutzt die Möglichkeiten des Rechts und entwickelt juristische Strategien und Instrumente, um besseren Umweltschutz zu erreichen.

Konkrete Regelungsvorhaben (12)

1. Entwurf des Wasserstoffbeschleunigungsgesetzes (WassBG-E)

Beschreibung:

Aus unserer Sicht ist nicht hinreichend dargelegt, dass ein Bedarf für ein Wasserstoffbeschleunigungsgesetz besteht und dieses einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und zum Klimaschutz leistet (1. Durch die im Entwurf vorgesehenen Regelungen erhöhen sich Risiken für Mensch und Natur dadurch, dass Öffentlichkeitsbeteiligung eingeschränkt (2) und Zielkonflikte in der Wassernutzung verschärft werden (3)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11899 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406280083 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2507290034 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. Beschränkungsverfahren der PFAS auf EU-Ebene

Beschreibung:

Wir wollen unsere Unterstützung für das Beschränkungsverfahren der PFAS auf EU-Ebene ausdrücken, den wir für den Schutz von Mensch und Umwelt für unabdingbar halten. Uns besorgt, dass dieser ambitionierte und notwendige Vorschlag von verschiedenen Seiten auch hier in Deutschland diskreditiert wird. Der zur Anhörung gehörende Antrag der CDU/CSU-Fraktion erkennt in unseren Augen die Gefahren, die von PFAS für Mensch und Umwelt ausgehen, nicht zur Genüge an und verkennt die Differenziertheit des bei der ECHA liegenden Beschränkungsvorschlags. Wir bitten die Abgeordneten sich daher, sich gegen den Antrag der CDU/CSU-Fraktion auszusprechen.

Betroffenes geltendes Recht:

ChemVerbotsV 2017 [alle RV hierzu]; ChemSanktionsV [alle RV hierzu]; ChemKlimaschutzV [alle RV hierzu]; GefStoffV 2010 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. [SG2406280084 \(PDF - 3 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. [SG2408200007 \(PDF - 5 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. [SG2506260048 \(PDF - 3 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.05.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

3. [Deutsche Position zum Vorschlag der EU-Kommission zur Verordnung zur Einrichtung einer zentralen Datenplattform für Chemikalien](#)

Beschreibung:

ClientEarth begrüßt den Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung einer zentralen Datenplattform für Chemikalien, mit der sichergestellt werden soll, dass die darin enthaltenen Daten auffindbar, zugänglich, interoperabel und wiederverwendbar sind, sowie zur Schaffung eines Überwachungs- und Prognoserahmens für Chemikalien, der von der Europäischen Kommission am 7. Dezember 2023 als Teil des "One Substance One Assessment" Pakets veröffentlicht wurde.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [**SG2408200006** \(PDF - 4 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

4. [**Ökodesign-VO und Chemikalien - anstehende Umsetzung von REGULATION \(EU\) 2024/1781**](#)

Beschreibung:

Verordnung (EU) 2024/1781 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Ökodesign-Anforderungen für nachhaltige Produkte, zur Änderung der Richtlinie (EU) 2020/1828 und der Verordnung (EU) 2023/1542 und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/125/EG

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Industriepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Klimaschutz [[alle RV hierzu](#)]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [[alle RV hierzu](#)]; Verbraucherschutz [[alle RV hierzu](#)]

5. [**Erschaffung einer EU Vizepräsidentschaft für Menschen und Umwelt für die vollständige Einbeziehung der Umwelt in alle Entscheidungen**](#)

Beschreibung:

In diesem Schreiben geht es um die Erschaffung einer EU Vizepräsidentschaft für Menschen und Umwelt für die vollständige Einbeziehung der Umwelt in alle Entscheidungen

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Klimaschutz [[alle RV hierzu](#)]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [**SG2408210013** \(PDF - 5 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

6. Anfrage für ein Treffen auf der COP16 und Unterbreitung unseres Briefing-Papiers: Law in Action: Achieving Global Peace with Nature

Beschreibung:

In diesem Briefing werden die politischen Forderungen von ClientEarth zur Umsetzung des Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework (KMGBF) dargelegt, damit Länder auf der ganzen Welt über isolierte Vorhaben hinausgehen und umfassende, sektorübergreifende Rechtsrahmen verabschieden können, die die Natur in jeden Bereich der Regierungsführung einbeziehen und sicherstellen, dass die biologische Vielfalt zum zentralen Element der sozioökonomischen Entwicklung wird.

In der Anfrage für ein Treffen im Rahmen der COP16 wurde die Rolle der EU bei der Umsetzung des Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework (KMGBF) sowie folgende wichtige Prioritäten als mögliche Diskussionspunkte vorgeschlagen: EU Deforestation-Free Products Regulation, Nature Restoration Law, 30x30 Conservation Target

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2412030038 \(PDF - 17 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. Aufruf zum Verbot von Flufenacet - Ein endokrinschädigendes, PFAS-emittierendes Pestizid

Beschreibung:

Flufenacet ist einer der meistverkauften PFAS und laut dem jüngsten wissenschaftlichen Gutachten der EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) schädlich für Mensch und Umwelt. Das Herbizid wirkt als endokriner Disruptor, beeinträchtigt die Gehirnentwicklung und setzt einen wichtigen Wasserschadstoff namens Trifluoressigsäure (TFA) frei. Sein weit verbreiteter Einsatz bei gängigen Kulturpflanzen gefährdet sowohl Landwirte als auch Verbraucher. Die Europäische Kommission hat kürzlich einen Vorschlag zur Nichtverlängerung von Flufenacet vorgelegt, der am 4. und 5. Dezember mit den Mitgliedstaaten erörtert werden soll. Mit dieser Stellungnahme sollen die Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, dazu angeregt werden, die Zulassung von Flufenacet nicht zu verlängern.

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2503130040](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

8. Zugang zu Gerichten bei Entscheidungen über staatliche Beihilfen, die gegen das Umweltrecht verstoßen**Beschreibung:**

Nach den Feststellungen des Ausschusses für die Einhaltung des Aarhus-Übereinkommens in der Rechtssache ACCC/C/2015/128 muss die EU das Aarhus-Übereinkommen einhalten, indem sie Mitgliedern der Öffentlichkeit und Nichtregierungsorganisationen den Zugang zu Gerichten ermöglicht, um Entscheidungen der EU-Kommission über staatliche Beihilfen, die gegen das Umweltrecht verstößen, zu beanstanden.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2503130043](#) (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

9. Bericht: "Catch them 'cause you can - How lenient enforcement of REACH authorisations lets companies get away scot-free"**Beschreibung:**

Umsetzung der REACH Verordnung und deren Reform

In unserem Bericht werden die Faktoren, die zur geringen Durchsetzung von REACH-Zulassungen beitragen, untersucht, wobei der Schwerpunkt auf drei Fallstudien (Frankreich, Deutschland und Spanien) und der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission und dem Durchsetzungsforum der ECHA liegt. Da der Bericht eine Fallstudie zur Situation in Deutschland enthält, stellten wir dem BMU vor der Veröffentlichung einen Entwurf zur Kommentierung zur Verfügung.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Industriepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2503170071 \(PDF - 44 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

10. **Beschränkung der Stoffgruppe der per- und polyfluoruierten Alkylsubstanzen (PFAS) unter REACH**

Beschreibung:

Die Beschränkung der Stoffgruppe der PFAS hat zum Ziel, die Emissionen von PFAS um 95% zu senken, in dem Herstellung, Import und Anwendung von PFAS verboten werden sollen. In Verwendungen, wo zunächst keinen Alternativen verfügbar sind, gibt es Übergangsfristen.

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [[alle RV hierzu](#)]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2503240012 \(PDF - 3 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

2. [SG2503240013 \(PDF - 3 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

11. Vorschläge für Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2025 der Parteien

Beschreibung:

Die Bundesregierung soll eine ambitionierte Chemikalienpolitik verfolgen und sich für eine solche auf europäischer Ebene einsetzen.

Den Schutz vor schädlichen Chemikalien im Parteiprogramm adressieren.

Vorschläge zur Übernahme wichtiger Aussagen für die Bundestagswahl 2025.

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2503240016 \(PDF - 4 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.10.2024 an:

Bundestag

Faktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

12. Umsetzung der geltenden EU-Richtlinie 2009/128/EG Sustainable Use Directive in nationales Recht.

Beschreibung:

Der integrierte Pflanzenschutz (IP) ist durch die EU-Pestizid-Rahmenrichtlinie 2009/128/EG Sustainable Use Directive, SUD 15 seit über zehn Jahren verbindlich vorgeschrieben, wurde jedoch bislang nicht in nationales Recht überführt. Die Bundesregierung muss die Umsetzung des Integrierten Pflanzenschutzes endlich rechtsverbindlich in nationales Recht überführen – in Einklang mit dem EU-Recht. Zudem bedarf es einer Überarbeitung der Grundsätze der "guten fachlichen Praxis" im Pflanzenschutz. Denn die Leitlinien sind veraltet und entsprechen nicht den Vorgaben der EU-Pestizid-Rahmenrichtlinie 2009/128/EG

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2507290035 \(PDF - 11 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
(BMLEH) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. EU Kommission

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 310.001 bis 320.000 Euro

Förderung von Umweltorganisationen

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1.260.001 bis 1.270.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. ClientEarth UK

Betrag: 700.001 bis 710.000 Euro

Spende der Muttergesellschaft

2. Deutsche Postcode Lotterie

Betrag: 240.001 bis 250.000 Euro

Förderung für Arbeit in Deutschland

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[Jahresabschluss_ClientEarthgGmbH_23.pdf](#)